

aufgestellt, der auf die politischen und ökonomischen Schwerpunkte orientiert. Für 1960 ist geplant, daß das Kreisgericht, die Staatsanwaltschaft und das Staatliche Notariat einen gemeinsamen Halbjahrplan ausarbeiten, auf Grund dessen jede Dienststelle ihre darüber hinausgehenden spezifischen Aufgaben in einem Quartals-Arbeitsplan festlegt.

Gemeinsam wurde auch die Mitarbeit der Richter, Staatsanwälte und Notare in den Aktiven der ständigen Kommissionen des Kreistages festgelegt, wobei ständige Verbindung zum Abgeordneten-Kabinett gehalten wird.

Das Kollektiv des Staatlichen Notariats Merseburg verpflichtete sich, auf die Kollegen in Bitterfeld die Erfahrungen auf folgenden Gebieten zu übertragen und dabei sozialistische Hilfe zu geben: Zusammenarbeit mit den Industriebetrieben (Chemie und Kohle) und anderen Einrichtungen bei der Lösung der ökonomischen Aufgaben im Kreis; Aufstellung eines Perspektivplanes in Übereinstimmung mit dem Kreisplan, wobei die guten Erfahrungen in Bitterfeld in der Zusammenarbeit der drei Justizdienststellen zu berücksichtigen sind; Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen beim Rat des Kreises (Vereinbarung mit dem Rat des Kreises über die gemeinsame Lösung staatlicher Aufgaben).

Das Staatliche Notariat Merseburg hat bei der Abwicklung der Verträge und anderen Notariatsachen zum Kauf des Geländes für das Leuna-Werk II ein nachahmenswertes Beispiel einer Arbeitsgemeinschaft zwischen allen beteiligten Stellen geschaffen, über das Kohle rt/Richter schon in NJ 1959 S. 770 berichtet haben. Auch mit den Fachabteilungen beim Rat des Kreises haben die Merseburger Staatlichen Notare eine Vereinbarung getroffen, die uns Anregung gab, in Bitterfeld auf ähnliche Weise den Weg zur Erreichung einer sozialistischen Zusammenarbeit bei der schnelleren Abwicklung des Genehmigungsverfahrens zu beschreiten. In dieser Vereinbarung sind die zu beach-

tenden Prinzipien des Grundstücksverkehrs erläutert, die Grundstückspreisgestaltung bis zur Regelung durch ein neues Grundstücksverkehrsgesetz festgesetzt sowie gegenseitige Verpflichtungen der Kollegen vom Rat des Kreises und der Kollegen vom Staatlichen Notariat festgelegt worden. Vereinbarungen dieser Art werden die Zusammenarbeit verschiedener Dienststellen in der Kreisebene im Sinne eines neuen Arbeitsstils fördern.

Die Kollektive in Merseburg und Bitterfeld werden aber auch auf anderen Gebieten, die der weiteren Entwicklung bedürfen, die Erfahrungen austauschen. Hierzu gehören insbesondere: die politisch-fachliche Qualifizierung aller Mitarbeiter, die Entwicklung von Kritik und Selbstkritik und Erziehung aller Mitarbeiter zur aktiven und eigenverantwortlichen Mitgestaltung bei der Lösung der gestellten Aufgaben, die Verbesserung "des Inhalts der Dienst- und Arbeitsbesprechungen sowie der organisierten Selbstkontrolle und die Entwicklung neuer Arbeitsmethoden, insbesondere die stärkere Einbeziehung der Werktätigen in die Tätigkeit des Notariats.

Beide Notariate beachten, daß es beim Leistungsvergleich nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt ankommt und daß die unmittelbare Hilfe und nicht allein der Gedankenaustausch ausschlaggebend ist, um den Inhalt der Arbeit zu verbessern.

Die Leistungen werden am Quartalsende unter Mitwirkung eines Leitungsmitgliedes der BPO und des Instruktors der Justizverwaltungsstelle verglichen. Die Ergebnisse des Erfahrungsaustausches sollen in beiden Betriebsparteiorganisationen behandelt werden.

Durch diesen Leistungsvergleich hoffen wir, in Merseburg und in Bitterfeld einen Schritt nach vorn zu tun auf dem Wege zum sozialistischen Notariat.

WERNER BOLLWEG,
Leiter des Staatlichen Notariats Bitterfeld

Sozialistische Arbeitsgemeinschaften fördern die Arbeit der Justizorgane

Nachdem uns eine Brigade des Zentralkomitees der SED während ihres Einsatzes im Bezirk Cottbus Hinweise zur Verbesserung unserer Arbeit gegeben hatte, berieten wir in der Betriebsparteiorganisation der SED, wie wir den Volkswirtschaftsplan allseitig zur Grundlage unseres Arbeitsplans machen können. Wir erkannten, daß wir mit den herkömmlichen Arbeitsmethoden mit der stürmischen Entwicklung des Neuen nicht Schritt halten würden. Wir mußten unsere Arbeitsmethoden und Aufgabenstellung grundlegend verändern und dabei zuerst die Leitung unserer Betriebsparteiorganisation zu einem festen Kollektiv entwickeln.

Aus diesen Erkenntnissen heraus bildeten die Justizorgane in Cottbus-Stadt eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kreisgericht, Staatsanwaltschaft und Notariat, die sich bereits bewährt und einige Erfolge aufzuweisen hat. Diese Arbeitsgemeinschaft hatte sich folgende Ziele gesetzt:

1. Sie trägt zur Koordinierung der Mitwirkung der Justizorgane in ökonomischen Schwerpunkten der Industrie, der Landwirtschaft, des Handwerks und des Handels bei. Wir haben unsere Kräfte planmäßig eingesetzt und dadurch ein Maximum des Erfolges erreicht. Es war uns möglich, auf alle Wirtschaftszweige einzuwirken und die Erfahrungen aus ihrer Arbeit zu verwerten, ohne uns in der Arbeit zu zersplittern und zu überlasten.

So hat z. B. ein Staatsanwalt in einer Kommission zur Untersuchung der Ursachen für die Planrückstände in einem Schwerpunktbetrieb mitgewirkt. Die Kommission stellte fest, daß eine Reihe von Betriebsfunktionären glaubte, nur fachliche Aufgaben lösen zu müssen. Diese Funktionäre erkannten nicht, daß sie auf die Menschen, mit denen sie arbeiten, auch politisch einzuwirken haben. Nach einer gründlichen Aussprache übernahmen alle Wirtschaftsfunktionäre nicht nur die Patenschaften über Brigaden, die um den Titel „Brigade

der sozialistischen Arbeit“ kämpfen, sondern sie wurden auch Mitglieder ihrer Brigaden und arbeiten jeden Monat einige Tage in der Produktion mit. Sicherlich werden die Einkäufer, die in einer Brigade arbeiten, die unter Schwierigkeiten in der Materialversorgung zu leiden hat, sich zukünftig mehr als bisher für die Materialbeschaffung einsetzen. Dadurch wird einer der Hinderungsgründe bei der Planerfüllung beseitigt werden.

Ein Staatsanwalt, ein Notar und ein Richter leisteten inzwischen ihren Produktionseinsatz in einer LPG, in der es zu Verletzungen der innergenossenschaftlichen Demokratie gekommen war. Sie klärten und beseitigten die Ursachen für diese Mißstände und schufen damit die Voraussetzungen dafür, daß weitere werktätige Einzelbauern zu dieser LPG vertrauen faßten.

Jetzt arbeiten ein Richter, ein Notar und ein Staatsanwalt einige Tage wöchentlich in einer Brigade in einem Stadtteil von Cottbus. Sie haben sich das Ziel gesetzt, dort werktätige Bauern für die Bildung einer LPG zu gewinnen. In ähnlicher Form wird sich demnächst ein Staatsanwalt für die sozialistische Umgestaltung des Handwerks einsetzen.

2. Die Arbeitsgemeinschaft der Justizorgane wird eng mit der Deutschen Volkspolizei zusammenarbeiten und die gesellschaftliche Erziehung organisieren. Sie will gleichzeitig alle gesellschaftlichen Kräfte in den Betrieben und Institutionen (Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen, Werkleiter, sonstige Betriebsfunktionäre, Konfliktkommissionen, Schöffen usw.) in die gesellschaftliche Erzielungsarbeit einbeziehen.

Die Ständige Kommission Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz hat auf unsere Initiative eine Arbeitstagung mit Werkleitern, Kaderleitern, Schöffen, Funktionären der Massenorganisationen über Fragen der gesellschaftlichen Erziehung durchgeführt. Es wurde beschlossen, das Aktiv der Ständigen Kommission um je einen von jedem Betrieb zu benennenden Vertreter